

Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei
Potsdam

B e r i c h t

**über die Auswertung des volkspolizeilichen Einsatzes zur Niederschlagung der
faschistischen Provokationen seit dem 16. Juni 1953
gemäß fernschriftlicher Anordnung – FS – Nr.: 581 vom 21. Juni 1953 der HVDVP.**

Entsprechend der Richtlinien zur Berichterstattung gemäß Fernschreiben Nr. 581 der HVDVP vom 21. Juni 1953 hat der Bericht folgenden Aufbau:

- Anlage:
- I. Die Entwicklung der Provokationen, ihr Ausmaß und die volkspolizeilichen Maßnahmen.
 - II. Die Leitung der BDVP nach der Alarmierung der Kräfte und die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen.
 - III. Die Arbeit der Polit-Organe, der Partei- und FDJ-Organisationen zur Festigung der Einsatzbereitschaft aller Volkspolizeiangehörigen.
 - IV. Das Verhalten von VP-Offizieren und Wachtmeistern während des Einsatzes und der polit-moralische Zustand.
 - V. Erfahrungen und Schlußfolgerungen

Potsdam, den 28. Juni 1953

– Eikemeier –
Chefinspekteur

I. Die Entwicklung der Provokationen, ihr Ausmaß und die volkspolizeilichen Maßnahmen.

In den Vormittagsstunden des 12.6.1953 kam es im Bereich des VPKA Brandenburg/H. vor der Untersuchungshaftanstalt zu einer provokatorischen Demonstration, die von den Arbeitern des Fuhrunternehmens Taege mit der Forderung auf Freilassung des Taege, der in der UHA einsaß, durchgeführt wurde.

Die Demonstration verlief sich einmal durch den Einsatz von Agitatoren der Partei und andererseits aufgrund des laufenden Verkehrs von Kraftfahrzeugen auf der Straße, in der die UHA gelegen ist.

Von Seiten der Volkspolizei wurde die UHA in verstärktem und erforderlichem Maße gesichert. Ein direkter volkspolizeilicher Einsatz gegen diese provokatorische Demonstration machte sich nicht erforderlich.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

In Auswertung dieses Vorkommnisses erging durch den Chef der BDVP am 13.6.53 der Befehl zur verstärkten Sicherung der UHA im Bezirk durch Erhöhung der Dienststärken in der UHA, der Schaffung von Einsatzreserven in den VPKÄ und Einteilung eines verantwortlichen VP-Offiziers der Leitung der VPKÄ, welcher ständig im Dienst sein mußte. In der folgenden Zeit waren ähnliche Erscheinungen (provokatorische Demonstrationen) bis zum 16.6.53 gegen 21.30 Uhr nicht zu verzeichnen.

Am 16.6.1953 in den späten Abendstunden gegen 21.30 Uhr kam es bei einer Kulturveranstaltung der Bauunion Hohenschöpping – Baustelle der Reichsbahn im Kreis Oranienburg – zu einer Arbeitsniederlegung, an der sich etwa 1.100 Belegschaftsmitglieder mit der Forderung auf Änderung der Normenerhöhungen und Zahlung von Auslösegeldern beteiligten. Als der Sekretär der Parteiorganisation die Arbeiter zur Ruhe ermahnte, wurden Stimmen laut: “Wir wollen uns selbst regieren und unsere Regierung von unten aufbauen.”

Einige Provokateure versuchten sich in den Besitz von Schreibmaschinen zu setzen, vermutlich, um Flugblätter zu schreiben. Ein volkspolizeilicher Einsatz gegen diese Provokation erfolgte nicht, es wurden lediglich Ermittlungen durch Abt. K getätigt und in Verbindung mit der Kreisleitung der Partei der Einsatz von Agitatoren organisiert.

Im Zusammenhang mit dem Vorkommnis in Hohenschöpping, den Vorgängen in Berlin, der Alarmierung und des Einsatzes des Ausbildungslehrganges für ABV bei der BDVP Potsdam in Berlin wurde gegen 02.30 Uhr im Bereich der BDVP Potsdam die Alarmstufe II “Hummel” ausgelöst. Diese Alarmstufe wurde aufgrund der in der weiteren Zeit erhaltenen Informationen um 05.40 Uhr in die Alarmstufe III “Hornisse” umgewandelt.

Bei der Alarmierung der VP-Angehörigen zeigte es sich, daß diese in einigen VPKÄ, in denen schlechte Verkehrsverbindungen bestehen, erst einige Zeit nach Auslösung der Alarmstufe am Alarmort eintrafen. Der Hauptteil der Kräfte traf erst mit Arbeitsbeginn am 17.6.53 in den Ämtern ein, wo sie über die ausgelöste Alarmstufe informiert wurden und in Einsatzgruppen eingeteilt zum Einsatz kamen.

Besondere Verzögerungen in der Alarmierung und Konzentrierung traten bei den Abschnittsbevollmächtigten auf, da diese z.T. aufgrund der schlechten telefonischen Verbindungen nicht gleich alarmiert werden konnten.

Im Laufe des 17.6.1953 wurden 507 Freiwillige Helfer alarmiert und kamen zum Einsatz. Die während der Zeit des volkspolizeilichen Einsatzes eingesetzten Freiwilligen Helfer betrug 988. In vielen VPKÄ mußte auf die Alarmierung der Freiwilligen Helfer verzichtet werden, da nicht in allen Fällen feststand, inwieweit sich Freiwillige Helfer an den Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen beteiligt haben. So wurden z.B. im Bereich des VPKA Brandenburg/H. und Neuruppin keine Freiwilligen Helfer eingesetzt. Die Alarmierung der Freiwilligen Helfer erfolgte überwiegend erst im Laufe des 17.6.53 und am Abend des gleichen Tages.

Durch die Partei wurden 878 Genossen zur Unterstützung der Sicherungsaufgaben der Volkspolizei zur Verfügung gestellt.

Von den Freiwilligen Helfern wurden 335 für Objektüberwachungsaufgaben eingesetzt und 543 für operative Zwecke (hauptsächlich Streifendienst) verwandt. Die restlichen Kräfte hatten Aufgaben als Melder usw. Bei der BDVP standen nach Auslösung der Alarmstufe und Abzug des Interzonenüberwachungskommandos von den eigentlichen Aufgaben insgesamt 239 Kräfte zur Verfügung, von denen 118 hauptsächlich für operative Einsätze verwandt wurden.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Aufgrund der reichlich späten Alarmierung der gesamten Kräfte lag das Überraschungsmoment bei den Provokateuren, da die Vorgänge in Berlin aufgrund der mangelnden Informationen in den unteren Dienststellen nur ungenügend eingeschätzt wurden und dadurch wirksame Maßnahmen, besonders gegen provokatorische Demonstrationen, vielfach nur ungenügend vorbereitet waren, und es aufgrund der noch ungenügenden politischen Qualifikation besonders der mittleren Kader Unklarheiten zu Verhaltensmaßregeln gab, da der Umfang der faschistischen Provokationen im Moment den VPKÄ wenig bekannt war.

Das hatte zur Folge, daß sich die Einsatzkräfte überwiegend defensiv verhielten. Zum anderen mußten sich die VPKÄ zunächst auf die aufgebrachten eigenen Kräfte stützen, da die BDVP erst im Begriff war, Einsatzreserven und Transportraum, die durch Abziehung des Ausbildungslehrganges für ABV nach Berlin fehlten, zu schaffen.

Schon in den frühen Morgenstunden des 17.6.53, als für die Volkspolizei die höchste Alarmstufe ausgelöst und die Konzentrierung der Kräfte vor sich ging, kam es in den VPKÄ-Bereichen Oranienburg, Brandenburg, Königswusterhausen, Zossen, Rathenow und Belzig zu Provokationen größeren Ausmaßes, denen nicht in allen Fällen wirksame Mittel und Kräfte entgegengestellt werden konnten.

Hierzu Beispiele:

- a) Zwischen 06.00 und 07.00 Uhr wurde in den beiden Henningsdorfer [sic] Schwerpunktbetrieben LEW [Lokomotiv-Elektrotechnische Werke, d. Hg.] und SWH [Stahlwerk Hennigsdorf, d. Hg.] bei Schichtwechsel und Arbeitsbeginn die Arbeit niedergelegt. Es kam zu Demonstrationen, die zunächst in den Betrieben, dann aber im Ort selbst stattfanden. Diesen provokatorischen Demonstrationen in Henningsdorf schlossen sich andere Arbeiter aus volkseigenen Großbetrieben an, wie z.B. die Bauarbeiter der Reichsbahn-Baustellen der Umgehungsbahn Nord, Maurer und Zimmerleute aus dem KVP-Objekt Oranienburg, Arbeiter der Baumechanik Niederneuendorf, die in der folgenden Zeit mit den Arbeitern aus Henningsdorf in einer Stärke von etwa 12 – 15.000 Personen die Arbeit niederlegten und sich an den Demonstrationen beteiligten.

Etwa um die gleiche Zeit durchbrachen einige Tausend die Sperrketten der Grenzpolizei und begaben sich nach Westberlin, um von dort an den Provokationen im demokratischen Sektor teilzunehmen.

Am 1. Tag gelang es nicht, wirksame polizeiliche Mittel entgegensetzen, um die Demonstrationen zu zerschlagen. Die volkspolizeiliche Tätigkeit beschränkte sich lediglich auf die Sicherung der Großbetriebe und Feststellung der Rädelführer.

Als am 18.6.53 erneut Unruhen auftraten, die Arbeiter wiederum die Arbeit niederlegten, besetzten sowjetische Truppen und Angehörige der Grenzpolizei in Verbindung mit dem Betriebsschutz das Stahl- und Walzwerk Henningsdorf [sic].

- b) In Brandenburg/H. kam es gegen 07.30 Uhr zu Zusammenrottungen von Bauarbeitern der dort tätigen Bauunions und anderer Baufirmen, denen sich ein Teil der Arbeiter des SWB [Stahlwerk Brandenburg, d. Hg.], des Schlepperwerkes und anderer volkseigener Betriebe anschlossen. Die Zahl der Provokateure steigerte sich in kurzer Zeit auf etwa 15.000, die sich in 4 – 5 Gruppen geteilt randalierend mit der Absicht der Plünderung öffentlicher und Parteiobjekte in die Innenstadt bewegten. Es gelang

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

besonders hier den Provokateuren in größerem Maße, hervorgerufen durch ihre Stärke, aber auch durch das Versagen der Partei und Volkspolizei, Zerstörungen vorzunehmen, die sich insbesondere auf Zerschlagung von Inneneinrichtungen, Schreibmaschinen, Zerstörung von Telefonanschlüssen usw. in öffentlichen und Parteiobjekten bewegten.

Kurz nach 09.00 Uhr stürmten die Provokateure das Objekt der Kreisleitung Stadt der Partei. Die Gruppe der dort zur Sicherung eingesetzten VP-Angehörigen in Stärke von zehn Mann wurde, da sie nicht mit Gummiknüppeln ausgerüstet war und sich im Unklaren war über die Anwendung der Schußwaffe, zum anderen aber auch die Sicherung des Objektes nicht allseitig genug organisiert war, überrumpelt.

Die im Gebäude anwesenden Genossen der Kreisleitung leisteten ebenfalls keinen Widerstand.

Eine zur Verstärkung zur Kreisleitung entsandte Gruppe von fünf VP-Angehörigen erreichte ihr Ziel nicht, da sie vorher durch die Provokateure überwältigt wurde.

Kurze Zeit nach dem Überfall auf das Objekt der Kreisleitung drangen Provokateure durch die im Parterre gelegenen Fenster des Kreisgerichtes Brandenburg/H. in den Hof der UHA. Sie warfen mit Mauersteinen durch die Fenster in die Wach- und Büroräume der UHA und schossen mit Pistolen, die sie den Volkspolizisten, die zur Sicherung der Kreisleitung eingesetzt waren, abgenommen hatten. Den auf dem Hof postierten Volkspolizisten entrissen sie den Karabiner und eröffneten auch mit diesem das Feuer. Es gelang den Provokateuren nicht, gewaltsam in das Zellenhaus der UHA einzudringen. Durch das Versagen verantwortlicher Offiziere kam es zu Verhandlungen mit einer Delegation der Provokateure, in deren Folge 42 Häftlinge befreit wurden und den Volkspolizisten durch die mangelnde Entschlußkraft des Leiters der UHA und auf dessen Anweisung die Waffen einsammelten. [sic]

Etwa 200 – 300 Demonstranten versuchten auch, in das VP-Revier WS einzudringen, was ihnen jedoch durch die entschlossenen Sicherungsmaßnahmen der dort eingesetzten VP-Angehörigen nicht gelang.

In der weiteren Folge des Auftretens der Provokateure wurden Zerstörungen im FDGB-Haus, im Haus der Freundschaft, der Kreisverwaltung und dem Jugendclubhaus der FDJ vorgenommen.

Vier zur Sicherung des FDGB-Hauses eingesetzte Genossen eilten bei Beginn der Provokationen zur Verstärkung zur UHA. Ein weiterer verbleibender VP-Angehöriger war nicht in der Lage, den Ansturm aufzuhalten, und wurde überrumpelt.

Gegen 12.45 Uhr, nachdem eine größere Ansammlung von Provokateuren - etwa 6.000 – bereits zwei Stunden vor dem VPKA randalierten, drangen etwa 20 – 30 in das Gebäude selbst und eine größere Masse in den Hof des Objektes ein. Zuvor warfen die Provokateure mit Steinen in die Fenster des VPKA und schossen aus Pistolen. Es gelang ihnen, 20 – 30, auf den Treppenflur des 1. Stockwerkes vorzudringen, wo sie durch Eingreifen von Angehörigen der sowjetischen Armee wie auch des VPKA-Leiters aus dem Haus gedrängt wurden. Das Eindringen der Provokateure in das Objekt, welches an sich alle Voraussetzungen zu einer guten Verteidigung hat, war möglich durch die mangelnde Entschlußkraft leitender Offiziere, die nicht ausreichende Bewaffnung der VP-Angehörigen, durch das Nichtvorhandensein von Gummiknüppeln als wirksames Mittel zur Vertreibung der Provokateure, da solche nicht – wie befohlen

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

– ausgegeben waren, und aufgrund von Feigheit leitender VP-Offiziere und eines Teils der VP-Angehörigen.

Die Situation in Brandenburg selbst wurde durch Angehörige der sowjetischen Armee bereinigt.

Zur Unterstützung der volkspolizeilichen Maßnahmen im Bereich des VPKA Brandenburg wurde eine Einsatzkompanie der BDVP eingesetzt, die jedoch im entscheidenden Moment durch das polizeitaktisch falsche Verhalten des Leiters der Kompanie, VP-Inspekteur W., nicht zum Einsatz kam.

Im Zusammenhang mit den Provokationen wurden acht VP-Angehörige verletzt, davon zwei mit mittelschweren Verletzungen. An Waffen gingen neun Pistolen und ein Karabiner verloren, die sich z.T. Provokateure angeeignet haben, bzw. die in Straßengullys und in die Havel geworfen wurden.

- c) Bei Arbeitsbeginn um 06.00 Uhr wurde im ROW in Rathenow die Arbeit nicht aufgenommen, Forderungen an die Betriebsleitung gestellt und durch Provokateure die Arbeiter des Betriebes zu einer provokatorischen Demonstration veranlaßt, der sich noch weitere Arbeiter wie auch Angestellte der HO und des Konsums anschlossen. In Rathenow bewegte sich die Gesamtzahl der provozierenden Massen um 6.000 Personen. Die Demonstration selbst nahm einen terroristischen Charakter an, in deren Folge der Leiter des BS (B) bei der HO, Wilhelm Hagedorn, bestialisch ermordet, seine Frau und drei andere Personen verletzt wurden.

Der Demonstration konnten keine wirksamen polizeilichen Kräfte entgegengesetzt werden. Durch das mutige und entschlossene Verhalten von vier Volkspolizisten gelang es, den Gen. Hagedorn den Provokateuren zu entreißen und ihn ins Krankenhaus zu überführen, wo er jedoch an den Folgen seiner Verletzung verstarb.

In Premnitz legten etwa 2.600 Arbeiter des Kunstseidenwerkes die Arbeit nieder und wurden durch Provokateure zu Demonstrationen veranlaßt.

Durch das Eingreifen der Volkspolizei konnten die Demonstranten auseinandergebracht werden.

- d) In Belzig kam es im Kreisgebiet gegen 06.40 Uhr zur Arbeitsniederlegung der Gleisbauarbeiter der Bauunion Niemegk und Treuenbrietzen. Die etwa 120 Arbeiter umfassenden Demonstrationen hielten den Personenzug Treuenbrietzen auf offener Strecke an, wobei es zu einigen Gewalttätigkeiten mit den Arbeitern, die in diesem Zug fuhren und sich weigerten, den Forderungen der Provokateure zu entsprechen, kam. Die Demonstranten setzten sich in einen Personenzug in Richtung Belzig in Bewegung und nahmen weitere Personen auf der Fahrt nach Belzig in den Zug auf. In Belzig führten sie eine provokatorische Demonstration, an der sich etwa 1.000 Personen beteiligten, mit Musik durch. Die Volkspolizei wurde von den Provokateuren aufgefordert, den Demonstrationszug zu “sichern”, was abgelehnt wurde. Durch das Eingreifen der Angehörigen der sowjetischen Armee kam es zur Auflösung der Demonstration.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

- e) Gegen 06.30 Uhr versammelten sich etwa 300 Bauarbeiter der Baustelle Wünsdorf, Krs. Zossen, bemächtigten sich der dem VEB gehörenden Fahrzeuge und fuhren über Zossen zum S-Bahnhof Rangsdorf, um sich den Demonstrationen in Berlin anzuschließen. Auf der Fahrt nach Rangsdorf schlossen sich noch Bauarbeiter anderer Baustellen an, insgesamt hatten etwa 800 Personen die Absicht, mit Fahrzeugen nach Berlin zu gelangen, um dort an den Provokationen teilzunehmen.
- In Ludwigsfelde kam es zu größeren Zusammenrottungen und Provokationen, an denen sich etwa 1.200 Bauarbeiter beteiligten. Die Bauarbeiter wählten sich eine Streikleitung, die sofort mit ihrer Tätigkeit begann und bestimmte, daß im ganzen Werk der RIAS übertragen wird. Ein Teil der Bauarbeiter versuchte, sich in den Besitz der Telefonzentrale zu setzen. Durch das entschlossene Eingreifen der VP-Angehörigen unter Leitung des Instruktors der BDVP, VP-Rat M. von der Abt. P, wurde die gesamte Streikleitung in Stärke von 27 Provokateuren festgesetzt. In der Folge des Tages und am nächsten Tag kam es zu weiteren Zusammenrottungen, die durch das entschlossene Eingreifen der Volkspolizei und durch Angehörige der sowjetischen Armee zerschlagen wurden.
- f) In den Morgenstunden des 17.6.1953 kam es im Kreis Königswusterhausen zu einer Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter der Bauunion in Wildau, an der sich zunächst 600 Arbeiter beteiligten, die durch ihre Diskussionen versuchten, die gesamte Belegschaft des Schwermaschinenbauwerkes in Wildau zu einer Demonstration in den demokratischen Sektor zu bewegen. Durch das taktisch richtige Verhalten von Funktionären der Partei wurden die Provokateure von der Demonstration abgehalten und durch eine mehrstündige Versammlung im Betrieb gebunden, die sich später auf einen anderen Zeitpunkt verschob.
- Insgesamt beteiligten sich im Bereich des VPKA Königswusterhausen über 5.000 Personen an Arbeitsniederlegungen. Zu Demonstrationen selbst kam es nicht. Die Lage wurde durch Einsatz der Volkspolizei mit Unterstützung von Angehörigen der sowjetischen Armee bereinigt.
- g) Am 17.6.1953 in den späten Abendstunden versuchten etwa 70 Provokateure in das Objekt der Zentralschule der Nationalen Front in Bantikow, Krs. Kyritz, einzudringen. Die Provokateure hatten bereits außenstehende Losungen und Transparente der Schule vernichtet und die Fernsprechleitung unterbrochen. Sie hatten die Absicht, mit dem Schulleiter und seiner Frau „abzurechnen“ und die Schule zu demolieren.
- Durch einen schlagkräftigen Einsatz der Volkspolizei konnte die Provokation niedergeschlagen werden und einige Rädelsführer inhaftiert werden. Den Schutz der Schule vor weiteren Provokationen übernahmen Angehörige der sowjetischen Armee.
- h) In Friesack kam es in den Nachmittagsstunden des 17.6. zu einer Demonstration vor der Gemeindeverwaltung, an der etwa 600 Personen, vorwiegend bürgerliche Kräfte, teilnahmen. Zur Zerschlagung derselben wurden durch das VPKA Nauen 20 VP-Angehörige eingesetzt, die durch den Instrukteur der BDVP im Kreis Nauen, VP-Oberrat B., geleitet wurden. Die Provokateure versuchten, gewaltsam in das Rathaus einzudringen, rissen Losungen herunter und randalierten. Trotz der zahlenmäßigen

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Überlegenheit der Provokateure konnten diese durch das entschlossene Eingreifen der VP-Angehörigen auseinandergejagt werden. Einige Provokateure wurden festgenommen.

In Friesack wurde durch Provokateure das Dienstzimmer des ABV, welches sich im Rathaus befindet, demoliert.

- i) Im Laufe des Tages (17.6.1953) kam es dann besonders noch im Kreisgebiet Potsdam in elf Betrieben zu Arbeitsniederlegungen, an denen sich etwa 4.000 Personen beteiligten. So wurde gegen 10.00 Uhr im VEB Carl von Ossietzki [sic] in Teltow von einigen Provokateuren, davon sieben aus der Intelligenz des Betriebes, eine Belegschaftsversammlung einberufen mit dem Ziel, die Werktätigen des Betriebes gegen die Regierung und Partei aufzuhetzen, und der Sturz der Regierung propagiert. In den Aussagen der Rädelsführer dieser Provokateure kam zum Ausdruck, daß sie den Zeitpunkt für günstig gehalten haben, um den Sturz der Regierung vorzubereiten. Durch den Einsatz von VP-Angehörigen wurde die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt, die Streikleitung wurde inhaftiert.

Ein weiterer Schwerpunkt entwickelte sich im Karl-Marx-Werk Potsdam, wo die Rädelsführer versuchten, die Werktätigen zu einer Demonstration zu veranlassen. Die Auswirkung einer solchen Demonstration hätte zur Folge gehabt, daß sich ein großer Teil anderer Betriebe angeschlossen hätte, was darin zum Ausdruck kam, daß die anderen Potsdamer Großbetriebe durch Delegationen die Haltung der Arbeiter des Karl-Marx-Werkes erforschen ließen. Von den Delegationen, die zum Karl-Marx-Werk entsandt wurden, wurde zum Ausdruck gebracht, daß, wenn die Werktätigen dieses Betriebes die Arbeit niederlegen, sich die anderen Betriebe ebenfalls anschließen würden. Durch den Einsatz von VP-Kräften wurde das Werk geschlossen, um eine Demonstration in das Stadtgebiet zu verhindern.

Ein sowjetischer General, der zu den Arbeitern sprach, bewirkte, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die Beteiligung an den faschistischen Provokationen umfaßte im Bezirk am 17.6.1953

- a) Arbeitsniederlegung etwa 50.000 Personen,
b) Demonstranten etwa 45.000 Personen,

die in 59 VEB, drei genossenschaftlichen Betrieben und fünf privaten Betrieben überwiegend tätig sind.

Von den Provokateuren wurden hauptsächlich folgende Losungen und Forderungen proklamiert:

- “Durchführung freier und geheimer Wahlen”,
“Abschaffung der Normen”,
“40 %ige HO-Preissenkung”,
“Abschaffung der Zonen- und Sektorengrenzen”,
“Anpassung der KVP-Gehälter an die eines Lohnempfängers”,
“Sturz der Regierung”,
“Panzer raus aus Berlin”.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Nach Verhängung des Ausnahmezustandes am 17.6.1953 gegen 14.00 Uhr zunächst durch die Militärkommandanten der Kreise und kurze Zeit später durch den Militärkommandanten des Bezirkes ließ das Ausmaß der Provokation nach. Es kam am 18.6.1953 noch zu einzelnen Arbeitsniederlegungen und provokatorischen Versammlungen, die jedoch die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung wenig beeinflussten, und die andererseits durch die Koordinierung der Kräfte der Sicherheitsorgane radikal zerschlagen wurden. Die Arbeit in den Betrieben wurde zum geringen Teil am 18.6.53 und überwiegend am 19.6.53 wieder aufgenommen.

Am 17.6.1953 zeigten sich, durch die Provokationen hervorgerufen, in einigen Kreisen Versorgungsschwierigkeiten, die ihren Ursprung in Angsteinkäufen der Bevölkerung hatte, jedoch in fast allen Fällen am nächsten und in den folgenden Tagen überwunden wurden.

Im Zuge der volkspolizeilichen Maßnahmen wurden in der Zeit vom 17. – 26.6.53

insgesamt festgenommen		598 Personen
davon Zuführungen	391	
Vorläufige Festnahmen	207	
Wiederafreilassungen		355 Personen
aus Zuführungen	309	
Vorläufigen Festnahmen	46	
An andere Dienststellen übergeben		194 Personen
davon an MfS	162	
an Militärbehörden	32.	

Durch die Abteilung K wurden 82 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Im Zuge des volkspolizeilichen Einsatzes wurden als wesentliche Maßnahmen noch folgende getroffen:

- Einrichtung von Luftbeobachtungsposten mit dem Ziel, evtl. Fallschirmabsprünge im Bezirk zu erkennen und zu bekämpfen, insgesamt wurden im Bezirk 64 Luftbeobachtungsposten eingerichtet und besetzt. Ein Teil der Kräfte wurde mit verfügbaren Ferngläsern ausgerüstet.
- Durch Informationen wurde bekannt, wie auch durch Anordnung der Hauptverwaltung, daß von Seiten der Bahn die Organisation eines Generalstreiks beabsichtigt war. In diesem Zusammenhang wurden vier Offiziere der BDVP als Verbindungsoffiziere bei der VPA (T) eingesetzt. Zur Sicherung der Bahnanlagen, Bahnkörper und wichtigen Brücken wurden 339 VP-Angehörige aus dem Bereich der BDVP zur Verstärkung der Transportpolizei eingesetzt.

II. Die Leitung der BDVP nach der Alarmierung der Kräfte und die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Bereits nach der Alarmierung des Ausbildungslehrganges für ABV bei der BDVP Potsdam durch die HVDVP und des Einsatzes in Berlin wurde gegen 01.00 Uhr am 17.6.1953 eine Besprechung mit leitenden Offizieren der BDVP durchgeführt.

An dieser Besprechung nahmen teil: Der Stellvertreter Allgemein, der Polit-Stellvertreter und die Abt.Ltr. Schutzpolizei und Technische Dienste.

In der Besprechung wurden folgende Maßnahmen festgelegt:

- a) Auslösung der Alarmstufe II "Hummel".
- b) Anweisung an die VPKÄ und BS-Einheiten in den VEB, die Stimmung der Arbeiter laufend zu analysieren und in verstärktem Maße Kontrollen auf das Eindringen betriebsfremder Personen in die VEB zu achten [sic!], da die Möglichkeit besteht, daß klassenfeindliche Elemente versuchen, in die Betriebe zu kommen, um die Arbeiter zu einem Solidaritätsstreik mit den Berliner Bauarbeitern zu bewegen.
- c) Konzentrierung aller verfügbaren Transportmittel (LKW, MTW und PKW Kübel) bei der BDVP, so weit diese in VPKÄ, deren Lage weniger gefährdet war, nicht benötigt wurden.
- d) Feststellung des Waffenbestandes der BDVP.

Im weiteren Verlauf der Nacht führte der Chef der BDVP Rücksprachen mit der SKK und der Partei. Um ev. auftretenden Provokationen im Bezirk entgegentreten zu können, wurde mit der Partei Rücksprache genommen, daß der Einsatz von Agitatoren in solchen Betrieben, wo Arbeitsniederlegungen beabsichtigt sind, erfolgt.

Infolge der Zuspitzung der Ereignisse erfolgte gegen 05.40 Uhr die Umwandlung der Alarmstufe II in Alarmstufe III "Hornisse".

Eine Lagebesprechung mit der Partei erfolgte in dieser Nacht noch nicht. Die Verbindung bestand lediglich in Form ständiger telefonischer Informationen und Absprachen.

Die Bezirksleitung stützte sich überwiegend am 17.6.1953 auf die Einleitung der Maßnahmen durch die BDVP und trat in der Einschaltung der Parteiorganisationen der Kreise zur Eindämmung der faschistischen Provokationen zunächst nicht wirksam genug auf.

Am Morgen des 17.6.53, kurz nach der Alarmierung aller VP-Angehörigen, wurde in der BDVP eine Besprechung unter Teilnahme aller Abt.Leiter geführt. In dieser wurden folgende Maßnahmen festgelegt, die auch zur Durchführung gelangten:

- a) Einsatz qualifizierter Abt.Leiter als Berater in den VPKÄ, deren Bereich an die Westsektoren und den demokratischen Sektor von Berlin grenzt, da besonders in diesen Gebieten Provokationen erwartet wurden.
- b) Zusammenfassung der alarmierten Kräfte der BDVP und Abzug des Interzonenüberwachungskommandos von der eigentlichen Aufgabe zur Bildung von drei Einsatzkompanien bei der BDVP.
- c) Schaffung einer Einsatzleitung in der BDVP unter Heranziehung qualifizierter VP-Offiziere.
- d) Einstellung der Tätigkeit aller Abteilungen und Konzentrierung der Kräfte für die bevorstehenden Aufgaben des operativen volkspolizeilichen Einsatzes mit Ausnahme eines Teils der Kräfte der Abt. PM und VK (Abfertigung des Publikums im Zusammenhang mit der Verordnung des Ministerrates über die Erleichterung für Interzonenfahrten und die Ausgabe der neuen Kfz-Kennzeichen. Diesbezüglich erging auch Anweisung an die VPKÄ.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

- e) Durchsprache eines Einsatzbefehls für die VPKÄ über die Konzentrierung und Ausrüstung der Kräfte, Hinweise über notwendige Maßnahmen zur Sicherung entscheidender Objekte.

Die zur Lenkung des gesamten volkspolizeilichen Einsatzes geschaffene Einsatzleitung machte sich erforderlich, da der Operativstab den besonderen Aufgaben bei der Qualität der dort tätigen Offiziere nicht gewachsen war.

Die Einsatzleitung unterstand direkt dem Chef der BDVP. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben war der Abt.Leiter S – VP-Kommandeur Sch. – beauftragt. Weiterhin waren qualifizierte Offiziere für Instrukteur- und Kontrollaufgaben sowie Offiziere der Polit-Abteilung eingesetzt.

Trotz Bildung dieser Einsatzleitung war der Zustand zu verzeichnen, daß diese zunächst noch nicht alle Fäden des gesamten Einsatzes in der Hand hatte und besonders am ersten Tage noch nicht den notwendigen Grad der Organisation besaß, was jedoch in den folgenden Tagen durch konkrete Aufgabenteilung überwunden werden konnte.

Als Mangel des volkspolizeilichen Einsatzes bei der Niederschlagung der faschistischen Provokationen am 17.6.1953 trat die ungenügende Verbindung mit den Einheiten der anderen Sicherheitsorgane (KVP und MfS) in Erscheinung. In Auswertung dieses Mangels fand noch in der Nacht vom 17. – 18.6.53 bei der Bezirksleitung der Partei eine Besprechung statt, in der auf Vorschlag des Chefs der BDVP eine konzentrierte Lenkung der gesamten zum Einsatz kommenden Kräfte bei der BDVP herbeigeführt wurde. Der Erfolg dieser Maßnahme zeigte sich schon im Laufe des 18.6 und an den folgenden Tagen, wo es möglich war, in massiver Form gegen die Provokateure erfolgreich und vorbeugend zu wirken.

Ein besonderer Mangel, der sich im Verlaufe des Einsatzes zeigte, war die ungenügende, z.T. unkonkrete und nicht immer wahrheitsgemäße Berichterstattung von unten und im besonderen die wenig koordinierte Form der Einholung von Informationen. Zum Beispiel wurden von der HVDVP Berichte über Festnahmen vom OP-Stab, der Hauptabt. K und der Hauptabt. U gefordert.

Zur Überwindung entscheidender Mängel im Berichtswesen wurden qualifizierte Offiziere der Einsatzleitung damit beauftragt. Der Chef der BDVP führte mit den Offizieren der Einsatzleitung täglich Lagebesprechungen, in denen die Lage selbst ausgewertet, Informationen gegeben und entsprechende Anordnungen für die VPKÄ getroffen wurden.

In Auswertung aufgetretener Vorkommnisse, erhaltener Informationen von Partei und SKK wurden u.a. folgende Maßnahmen getroffen:

- a) Einsetzung von Flugsicherungsposten in den VPKÄ,
- b) Absuchen wichtiger Verkehrsbrücken auf Vorhandensein ev. Sprengladungen,
- c) Besetzung und Sicherung des gesamten Bahnkörpers und seiner Einrichtungen und andere Maßnahmen.

Mit der Koordinierung des Einsatzes mit Einheiten der anderen Sicherheitsorgane wurden bei der Einsatzleitung der BDVP Verbindungsoffiziere dieser Einheiten eingesetzt, was sich für die gesamte Lenkung aller Einsätze vorteilhaft auswirkte.

In den VPKÄ wurden ähnlich wie bei der BDVP Einsatzleitungen gebildet, die mit qualifizierten Offizieren besetzt wurden. Ein gutes Beispiel zur Lenkung der gesamten Sicherheitsmaßnahmen und Maßnahmen der Partei und Staatlichen Verwaltungen gab es im VPKA Königswusterhausen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Beim VPKA bestand eine Einsatzleitung, der angehörten: der VPKA-Leiter, der 2. Sekretär der Kreisleitung der Partei, der 1. Vorsitzende des Rates des Kreises und ein Vertreter der Dienststelle des MfS.

Diese Einsatzleitung hat sich während des gesamten Einsatzes, besonders in den ersten Tagen, als sehr gut erwiesen, wodurch es möglich war, volkspolizeiliche Maßnahmen, Sofortmaßnahmen in der Gestellung des Transportraumes und zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung, Einsätze und kräftemäßige Unterstützung durch die Partei koordiniert zu lenken. Gleichfalls fanden mit diesen Funktionären laufend Lagebesprechungen statt. In ähnlicher Form war auch die Leitung des Einsatzes im VPKA Luckenwalde und einigen anderen VPKÄ.

Besondere Mängel in der Zusammenarbeit mit den anderen Dienststellen waren nicht zu verzeichnen, allgemein hervorgehoben wird die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Militärbehörden, die eine umfassende Unterstützung gaben.

III. Die Arbeit der Polit-Organen, der Partei- und FDJ-Organisationen zur Festigung der Einsatzbereitschaft aller VP-Angehörigen

[...]

IV. Das Verhalten von VP-Offizieren und Wachtmeistern während des Einsatzes und der polit-moralische Zustand.

[...]

V. Erfahrungen und Schlußfolgerungen

Der volkspolizeiliche Einsatz zur Niederschlagung der faschistischen Provokationen im Bereich des Bezirkes Potsdam zeigte, obwohl die Kräfte erstmalig vor einer solchen Aufgabe standen, daß diese trotz der zutage getretenen Mängel in der Organisierung und des Vorgehens gegen die Provokateure, des polizeitaktischen Verhaltens und der nicht zureichenden Bewaffnung der Kräfte, bei einer kritischen Betrachtung nach Überwindung des ersten Überraschungsmoments gelöst wurde.

Die Erfahrungen zeigen:

- 1.) die Notwendigkeit der Koordinierung der zum Einsatz gelangenden Kräfte der Sicherheitsorgane.
Besonders am 17.6.53, als die Provokationen, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen ihren Höhepunkt fanden, lag die Hauptlast der Maßnahmen auf die Einsatzkräfte der DVP [sic!], so daß es nicht umfassend gelang, in allen Situationen rein kräftemäßig die Lage zu meistern.
Erst nach Koordinierung der Kräfte und Unterstützung durch die KVP, besonders aber durch das Eingreifen von Angehörigen der sowjetischen Armee gelang es, die Situation

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

am gleichen Tage und besonders an den folgenden Tagen zu verändern.
Es ergibt sich die Schlußfolgerung, daß in solchen Fällen des Wirkens gegen provokatorische Elemente, die die Massen aufgewiegelt auf ihre Seite gezogen haben, in den Dienstbereichen eine einheitliche Leitung sämtlicher Teile der zum Einsatz kommenden Sicherheitsorgane gebildet wird, die über Kräfte, deren Bewaffnung und ausreichenden Transportraum verfügen kann.

- 2.) das Erfordernis der Konzentrierung der Kräfte, um den durch Provokateure aufgewiegelten Massen, massiv und wirksam entgegenzutreten zu können.
Eine Verzettlung der Kräfte, wie sie sich in der Organisation des Einsatzes im VPKA Brandenburg zeigte, muß zwangsläufig deren Verdrängung durch die Massen herbeiführen und keine entscheidende Änderung in der Lage bringen.
Deshalb ist notwendig, in solchen Einsätzen sowohl in den VPKA und in besonderem Maße in der BDVP eine Konzentrierung von Offensivkräften zu organisieren.
Für die BDVP wird vorgeschlagen, eine solche Einsatzformation in Stärke einer Kompanie ständig in Bereitschaft zu haben.
- 3.) den besonderen Mangel der bisherigen Schulung und Ausbildung der Volkspolizei, in der seit Jahren die polizeitaktische Ausbildung, besonders der leitenden Offiziere, fehlte.
Die Unkenntnis in der Polizeitaktik und Polizeiverwendung traten besonders markant beim Einsatz einer Kompanie der BDVP unter Leitung des Inspektors Werder zur Unterstützung des VPKA Brandenburg zutage.
Durch das falsche Vorgehen und die ungenügende Führung waren die Einsatzkräfte völlig untätig und ermunterten durch eine solche Haltung zwangsläufig die Provokateure als auch die von ihnen aufgewiegelten Massen.
Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Änderung des Programms der Schulung und Ausbildung der DVP und Aufnahme von Lehrthemen über Polizeitaktik und -Verwendung, sowie deren praktische Übung.
- 4.) daß die Ausrüstung der Volkspolizei mit wirksamen Waffen ungenügend ist.
Es war zu verzeichnen, daß etwa nur zwei Drittel der vorhandenen Einsatzkräfte bewaffnet werden konnte, ähnlich sah es auch aus in der Ausrüstung mit Gummiknüppeln.
Im Zusammenhang damit wird vorgeschlagen, eine 100%ige Bewaffnung entsprechend der Sollstärke der Dienststellen vorzunehmen.
Ausreichende Munition entsprechend der Anzahl der Waffen bereitzustellen, sowie andere wirksame Mittel.
- 5.) daß in der Auswahl der Kader in der vergangenen Zeit Fehler gemacht wurden, und die Ansprüche an Offiziere nicht allseitig gestellt wurden.
Gerade der Einsatz zur Niederschlagung der Provokateure zeigte, daß Offiziere, deren Arbeit allgemein gut eingeschätzt wurde, in entscheidenden Situationen aufgrund des z.T. fehlenden notwendigen politischen Verantwortungsbewußtseins es an der erforderlichen Entschlußkraft fehlen ließen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Deshalb wird notwendig sein, im besonderen Maße die leitenden Kader der DVP allseitig in allen Fragen der volkspolizeilichen Tätigkeit zu beschulen, um sie auf die Höhe ihre Aufgaben zu bringen.

- 6.) daß die politische Erziehungsarbeit, besonders bei den VP-Offizieren bisher nicht den Erfordernissen entsprach, was in einer ganzen Reihe von Disziplinarvergehen, insbesondere Feigheitserscheinungen von Seiten der Offiziere zu Ausdruck kam. Hieraus ergibt sich die Schlußfolgerung, die Erziehungsarbeit durch die Partei- und FDJ-Organisationen grundlegend zu verbessern, diese Erziehungsarbeit in erster Linie zu konzentrieren auf die Erziehung zur Disziplin, zum klassenmäßigen Verhalten und politischem Verantwortungsbewußtsein. Es wird notwendig sein, daß die Parteiorganisationen sich im besonderen Maße mit Feigheitserscheinungen und Disziplinlosigkeiten von Seiten der Offiziere beschäftigen und Parteierziehungsmittel in Anwendung bringen.
- 7.) die Notwendigkeit zur Verstärkung der Wachsamkeit, um die noch vorhandenen Haupträdelsführer, die es verstanden, sich bisher im Hintergrund zu halten, mit Hilfe der werktätigen Bevölkerung zu entlarven und alle weiteren Versuche zu neuen Anschlägen im Keime zu ersticken.

Allgemeine kritische Bemerkungen zur Organisierung des volkspolizeilichen Einsatzes gegen die faschistischen Provokateure.

Bei einer kritischen Betrachtung des Verlaufes der Provokationen am 17.6.1953 ist allgemein festzustellen, daß das Überraschungsmoment auf Seiten des Gegners lag. Die Alarmierung der volkspolizeilichen Kräfte, insbesondere aber das koordinierte Wirken aller Sicherheitsorgane, erfolgte zu spät.

Es ist eine Tatsache, daß in verschiedenen Schwerpunkten die Provokationen bereits ihren Anfang genommen haben, als die Volkspolizei erst in den höchsten Alarmzustand gesetzt wurde, z.T. ausgerüstet und formiert werden mußte und dadurch bedingt in vielen Fällen in die Defensive gedrängt wurde.

Zum anderen war man sich besonders in den nachgeordneten Dienststellen durch die mangelnden Informationen der HVDVP nicht in vollem Maße darüber im Klaren, welchen politischen Inhalt, welchen Umfang usw. den Ereignissen beizumessen ist und wie sich besonders Volkspolizei bei ihrem Eingreifen zu verhalten hat.

[Quelle: BArch, DO-1/11.0/304, Bl. 397-425 (Auszüge); – Namen von den Hg. anonymisiert; vollständig veröffentlicht in: Torsten Diedrich/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---